



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahl- verfahren (HErüber)

Regionalstudie Grenzregion Syddanmark (DK)

Vorhaben: FKZ 4719F00101

AUFTRAGNEHMER:IN

Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

UNTERAUFTRAGNEHMER:IN

Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Franziska Sperfeld, Cindy Prager, Sophie Dolinga, Lisa Habigt



Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber)

Regionalstudie Grenzregion Syddanmark (DK)

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-023/24

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2024032042282

Berlin, April 2023

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Auftragnehmer:in
Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

Unterauftragnehmer:in
Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Franziska Sperfeld, Cindy Prager, Sophie Dolinga, Lisa Habigt

030 184321-0
www.base.bund.de

Stand: April 2023

Projekt: Herausforderungen und Erfolgsfaktoren
bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung
im Standortauswahlverfahren (HErüber)

Förderkennzeichen: 4719F00101

Arbeitspaket 5: Bedarfe vor Ort

Autorinnen: Franziska Sperfeld, Cindy Prager, Sophie Dolinga,
Lisa Habigt

Regionalstudie R1

Syddanmark (DK)

Impressum

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

T +49 (0)30 42 84 99 3-0
F +49 (0)30 42 84 99 3-59
info@ufu.de
www.ufu.de
twitter.com/UfUberlin

Autorinnen: Franziska Sperfeld, Cindy Prager, Sophie Dolinga, Lisa Habigt

Dieses Vorhaben wurde durch Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert und durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) betreut (FKZ 4719F00101). Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung der Auftraggeberin übereinstimmen.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen	1
3. Kurzprofil der Region Syddanmark	2
3.1 Portrait der Region	2
3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse	4
3.3 Zentrale Akteur*innen in der Region	5
3.3.1 Kurze Beschreibung der institutionellen Akteur*innen	5
3.3.2 Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	5
4. Erfahrungen und Prägungen in der Region Syddanmark	7
4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische Anlagen	7
4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen	8
5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an die grenzüberschreitende Beteiligung im Standortauswahlverfahren	11
5.1 Dimension: Kontext	11
5.2 Dimension: Prozess	12
5.3 Dimension: Ansatz und Formate	13
5.4 Dimension: Wirkung	14
6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	15
6.1 Dimension Kontext	15
6.2 Dimension: Prozess	16
6.3 Dimension: Ansatz und Formate	17
6.4 Dimension Wirkung	17
7. Fazit	18
8. Literaturverzeichnis	19

Abkürzungsverzeichnis

ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
AT	Österreich
CCS	Carbon Capture and Storage
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
FR	Frankreich
NL	Niederlande
OOA	Organisation for Disseminating Information on Nuclear Power
PL	Polen
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Kategorisierung der durchgeführten Interviews
Tabelle 2	Anzahl identifizierter Artikel in den dänischen Medien

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungsprojektes Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber) werden fünf Beispielregionen untersucht, um potentielle Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in verschiedenen Kontexten zu identifizieren und diese im Falle einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Standortauswahlverfahrens einzubeziehen. Die fünf Beispielregionen umfassen Syddanmark (R1; DK), Overijssel (R4; NL), Powiat Zgorzelecki und Liberecký kraj (R5; PL und CZ), Schärding (R7; AT) und Elsass: Haut-Rhin und Bas-Rhin (R8; FR). Die folgende Regionalstudie fokussiert sich auf die Region R1 Syddanmark (DK).

Im Vordergrund des AP 5 stehen die Fragestellungen:

- (1) Welche sozio-kulturellen, aber auch politischen und ökonomischen Besonderheiten weisen die ausgewählten grenznahen Gebiete auf? (demografische und ökonomische Struktur, politische Prägung, Bildungsstand, etc.)
- (2) Welche Haltung gegenüber kerntechnischen Anlagen existieren in den ausgewählten grenznahen Gebieten? Gibt es bestehende Konfliktslagen?
- (3) Welche Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen wurden in den entsprechenden Gebieten schon gemacht?
- (4) Welche Erwartungen und Wünsche haben verschiedene Akteursgruppen an eine grenzüberschreitende Beteiligung?

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Eine detaillierte Darstellung des methodischen Vorgehens der Regionalstudie findet sich rahmenden Dokument des Berichts „Methodik der Regionalstudien und Ergebnisse der Medienresonanzanalyse“. Für die vorliegende Fallstudie zur Region Syddanmark wurden fünf Interviews aus den unten aufgelisteten Kategorien geführt (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Kategorisierung der durchgeführten Interviews

Identifikationsnummer	Kategorie
ID1	Politik (politische Entscheidungsträger*innen, etc.)
ID2	Verwaltung
ID3	Bürger*innen (nicht-assoziierte, Bürgerinitiativen, etc.)
ID4	Interessenvertretungen (Umweltverbände, Kirche, etc.)
ID5	Weitere (grenzüberschreitende Institutionen, Expert*innen, etc.)

Zwei Interviews wurden in Präsenz vor Ort, drei online via Videokonferenz geführt und aufgezeichnet. Alle Interviewpartner*innen fühlten sich in der Lage, die Interviews auf Deutsch zu führen. Das weist darauf hin, dass die Sprachbarriere an dieser Grenze besonders klein ist. Teilweise wurden Interviewpartner*innen benannt, die der deutschen Minderheit angehören oder bereits auf beiden Seiten der Grenze gelebt hatten und Erfahrungen aus beiden Kontexten einbringen. Generell lässt sich festhalten, dass sich die Interview-Akquise in der Region Syddanmark vergleichsweise einfach gestaltete. Vielfach genügte schriftliche Ansprache oder ein bis zwei Telefonate, um die richtigen Ansprechpartner*innen herauszufinden.

3. Kurzprofil der Region Syddanmark

3.1 Portrait der Region

Die Region Syddanmark ist eine von fünf dänischen Regionen und erstreckt sich über den Süden der Halbinsel Jütland (Syddjylland), die Insel Fünen (Fyn) und alle vorgelagerten Inseln. In der Region leben 1,23 Mio Einwohner*innen, was ungefähr einem Fünftel der dänischen Gesamtbevölkerung entspricht. Der Verwaltungssitz ist die Gemeinde Vejle in Syddjylland (119.000 Einwohner*innen), weitere Großstädte der Region sind Odense auf der Insel Fünen (206.000 Einwohner*innen) und Esbjerg an der Nordseeküste (105.000 Einwohner*innen). Die Lage zwischen Nord- und Ostsee ist naturräumlich prägend und formt Landschaften wie Wattenmeer, Marsch, Flachland und Strände. Die Lage sowohl im Binnenland als auch auf Inseln bringt Herausforderungen der Gebietskontinuität (Barrieren zwischen Landesteilen auf Inseln und dem Binnenland) mit sich (Europäische Kommission 2015: 90).

Die Historie der Grenzregion ist wechselhaft. Ursprünglich handelte es sich um das eigenständige Herzogtum Schleswig, in dem in den 1840er Jahren nationale Bewegungen anstrebten, die Region entweder dem dänischen Königreich oder Preußen anzugliedern. Dies war der Auslöser des ersten Schleswiger Krieges (1848-1852), der mit einem Sieg Dänemarks endete. Da die Großmächte (Preußen, Großbritannien, Frankreich, Österreich und Russland) die Eingliederung in Dänemark jedoch untersagten, unterzeichnete Dänemark 1852 ein Friedensabkommen. Die andauernden territorialen Unstimmigkeiten führten jedoch 1864 zum Zweiten Schleswiger Krieg, der zugunsten von Preußen und Österreich ausging und im Rahmen des Wiener Friedens für beendet erklärt wurde. Die Gebietsverteilung wurde nach dem vom Deutschen Reich verlorenen Ersten Weltkrieg wieder neu debattiert. Es fanden friedliche Volksabstimmungen statt, die im Rahmen des 1920 geschlossenen Versailler Vertrages zur Aufteilung der Gebiete in Südschleswig (zum Deutschen Reich) und Nordschleswig (zum Königreich Dänemark) führten (Schatte 2014: 52). Interviewpartner*innen betonen mit Stolz, dass die Grenzziehung letztendlich mit einer friedlichen Volksabstimmung erreicht werden konnte. Die erneute Besatzung der Gebiete während des Zweiten Weltkrieges hätte jedoch noch lange Zeit nach dem Krieg zu einem großen Misstrauen gegen Deutschland und Deutsche geführt, das teilweise bis heute spürbar sei (ID1, ID2).

Wirtschaftlich liegt die Region gemessen am Kaufkraftindex mit 116 über dem Europäischen Durchschnitt (EU-25: 100), aber unter der Kaufkraft die ganz Dänemark zusammen erreicht (129).¹ Vorherrschende Branchen sind Handel, Logistik, Industrie (v.a. Maschinenbau, Metallindustrie) (ID4, ID3).² Aber auch die Landwirtschaft spielt eine große Rolle (ID2, ID3). Die Region steht in den kommenden Jahrzehnten vor demografischen Herausforderungen, da die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter etwa um 10 Prozent sinkt.³ Auch deswegen sind offene Grenzen und ein gutes Verhältnis zu Deutschland für die Region sehr wichtig, weil ca. 13.000 Arbeitskräfte, darunter auch viele systemrelevante wie etwa in der Pflege, aus Deutschland einpendeln (ID1).

Direkt an Deutschland grenzen die Gemeinden Tonder, Aabenraa (Apenrade), und die Halbinsel Sonderburg. Von dort aus zieht sich die Grenze durch den Fjord von Flensburg und den Fehmarnbelt (Europäische Kommission 2015: 91). Auf beiden Seiten der Grenze leben Minderheiten des Nachbarlandes, es gibt auf der dänischen Seite Deutsche Kindergärten und Deutsche Schulen und umgekehrt (ID1, ID2). Interviewpartner*innen gaben an, dass die Grenze heute nicht mehr spürbar ist, oder als sehr durchlässig empfunden wird (ID1, ID3). Eine Diskursanalyse der Zusammenarbeit in der Region ergab, dass neben der Binnengrenze, die die Region zwischen Nord und Süd teilt, auch eine Ost-West Grenze besteht, die vielmehr mit der wirtschaftlichen Ausrichtung (Westen: Tourismus, Mitte: Landwirtschaft, Osten: Industrie) der Landstriche zu tun hat (Schatte 2014: 118f.). Auch die Lage als Randregion und die Entfernung zur Hauptstadt Kopenhagen, die aufgrund der Nähe zu Schweden mehr auf die Kooperation mit Schweden fokussiert sei, beeinflusst, laut einer*inem Interviewpartner*in, das Selbstverständnis und führt in der Region zu einem Gefühl abgehängt zu sein (ID2). Aber auch das eint sie mit der Nachbarregion: „Für uns ist Kopenhagen glaube ich, das Gleiche wie für Flensburg Berlin. Also man fühlt immer, dass man irgendwie im Außenbezirk sitzt“ (ID1). Nachhaltigkeit, eine intakte Natur und Umweltschutz werden hoch priorisiert (ID3, ID4).

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die sich erst seit den letzten 20 Jahren stark entwickelte, ist jetzt in allen Ebenen der Gesellschaft verankert. Dänemark ist seit 1973 Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die ersten Formen der institutionellen Zusammenarbeit an den Grenzen entwickelte sich in Dänemark aber erst mit dem Ostseerat (1992) (Europäische Kommission 2015: 90).

Traditionen, die die kulturelle Identität der Region prägen, wie etwa das Ringreiten, werden beiderseits der Grenze gepflegt, auch wenn sie ursprünglich auf der deutschen Seite aufkamen. Es gibt Sportvereine, Freiwillige Feuerwehren, Kulturvereine und auch Umweltorganisationen, die im Austausch stehen oder gemeinsame Projekte verfolgen und Veranstaltungen organisieren (ID4, ID1). Die Bürgermeister*innen der Region stehen in direktem Austausch und mobilisieren, wenn es kritische Fragen etwa zu nahen Planungen gibt, ihr Netzwerk (ID2). Unter Umweltorganisationen besteht ein freundschaftliches Netzwerk, das anlassbezogen, wie etwa zur Mülldeponie Harrislee und den Ende

¹ Vgl. eurostat Pressemitteilung vom 5. März 2020: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10474915/1-05032020-AP-DE.pdf/4df03011-0b54-98fb-4e44-76ed23d2df8c> zuletzt aufgerufen am 12.10.2022.

² Vgl. Deutsch-Dänische Business Region: <https://business-de-dk.com/de/branchen-und-unternehmen-in-der-region/> zuletzt aufgerufen am 13.10.2022

³ <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-daenemark-wirtschaft-gesellschaft/suedjuetland-verliert-erwerbsfaehige-einwohner>

2019 gezogenen Wildschweinzäun zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest oder der Schleppnetzfisherei von Muscheln im Grenzgebiet, zusammenarbeitet (ID4).

3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse

In den dänischen Medien konnten im Rahmen der Medienresonanzanalyse nur wenige relevante Artikel identifiziert werden. Insgesamt wurden fünf Artikel als relevant eingestuft, wovon einer sich direkt mit der deutschen Endlagersuche befasste. Aus diesem Artikel geht hervor, dass sich die Region Süddänemark zusammen mit den grenznahen Kommunen Apenrade, Sonderburg, Hadersleben und Tondern bereits in einem Brief an die deutsche Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) gegen ein Endlager in Grenznähe ausgesprochen haben.⁴ Als Begründung wird dabei Dänemarks Entscheidung gegen eine zivile Nutzung von Atomkraft angeführt. Damit ist bereits eine negative Grundstimmung in dieser Region, wenn auch im Hinblick auf die geringe Artikelanzahl bisher scheinbar nur mit geringem öffentlichen Interesse, erkennbar. Erwartungen bezüglich der Öffentlichkeitsbeteiligung werden in den Artikeln kaum deutlich. Es wird lediglich in einem Kommentar angemerkt, dass sich an der unaufgeforderten Beteiligung von Nachbarländern der Beteiligungswille des Ausgangslandes ablesen lässt.

Tabelle 2 Anzahl identifizierter Artikel in den dänischen Medien

Relevante Artikel gesamt	Zum deutschen Endlager	Zu anderem Endlager-Vorhaben	Zu anderem Vorhaben mit grenzüberschreitendem Bezug	Mit explizitem Bezug zur ausgewählten Region
5	1	0	4	5

Neben dem einzelnen Artikel zur deutschen Endlagersuche konnten vier Artikel zu einem grenznahen Vorhaben mit grenzüberschreitendem Interesse in der ausgewählten Region R 1 identifiziert werden. In drei dieser Artikel geht es jeweils um den Widerstand gegen eine mögliche Deponierung von Schutt aus zurückgebauten Atomkraftwerken in Harrislee nahe der dänischen Grenze. In diesen Artikeln treten verschiedene Akteur*innen aus Vereinen und Initiativen auf, die sich zum einen mit Strahlungsfragen und zum anderen mit Fragen der grenzüberschreitenden Beteiligung befassen.⁵ So wird etwa mit Verweis auf die Espoo-Konvention bemängelt, dass Dänemark von Deutschland nicht an dem Verfahren beteiligt wird. Die Akteur*innen könnten daher möglicherweise auch zur grenzüberschreitenden Beteiligung im Rahmen der deutschen Endlagersuche eine fundierte Perspektive einbringen. Ein weiterer Artikel handelt von fehlender deutscher Beteiligung im Rahmen einer UVP zu einer geplanten Nutzung eines Erdölfeldes in der Nordsee für Carbon Capture and Storage (CCS).⁶

⁴ <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-politik-deutschland/region-sueddaenemark-will-keine-endlagerung-sh> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

⁵ <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff/wirbel-online-konferenz-zu-bauschutt-harrislee>
<https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff-wirtschaft/bundestagsabgeordnete-so-geht-man-nicht-nachbarn>
<https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff/deponieplaene-auch-naturschutzorganisation-ist-aktiv>
<https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff/setz-dich-rein-demo-gegen-atomschutt-lagerung-harrislee> alle zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

⁶ <https://www.nordschleswiger.dk/de/meinung-leitartikel/dunkle-wolken-deutsch-daenischen-himmel> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

3.3 Zentrale Akteur*innen in der Region

3.3.1 Kurze Beschreibung der institutionellen Akteur*innen

In Dänemark sind die Zuständigkeiten für umweltrelevante Vorhaben zwischen der kommunalen und der nationalen Ebene aufgeteilt. Die Mehrzahl der privatwirtschaftlichen Vorhaben wird dabei direkt von der kommunalen Behörde bearbeitet und nach Genehmigung auch überwacht. Kommunale Einheiten sind in Dänemark relativ groß und mit zahlreichen Kompetenzen ausgestattet (Europäische Kommission 2015: 92). Entsprechend haben kommunale Akteur*innen sowohl aus der kommunalen Verwaltung, als auch aus den politischen Gremien, eine hohe Relevanz für Planungen und Genehmigungen. Die nationale Ebene ist zuständig für die Genehmigung von Vorhaben mit nationaler Relevanz oder hoher Komplexität, darunter fallen etwa 400 privatwirtschaftliche Vorhaben in ganz Dänemark.⁷ Auf der nationalen Ebene sind das Dänische Ministerium für Umwelt und Lebensmittel (Miljøministeriet) und die nachgeordnete Behörde, das Dänische Umweltamt (Miljøstyrelsen), in dem auch die Espoo-Kontaktstelle⁸ angesiedelt ist, die relevanten Ansprechpartner*innen.⁹ Die regionale Ebene (wie auch die Region Syddanmark) ist in Hinblick auf Umweltfragen nur mit der Aufstellung und der Beteiligung zu den regionalen Entwicklungsplänen befasst.¹⁰ In Dänemark gibt es eine Beschwerdekammer beim Umweltministerium, denn es gibt keine Verwaltungsgerichtsbarkeit, Ansprüche müssen in einem zivilrechtlichen Verfahren geltend gemacht werden (ID2).^{11, 12, 13}

Als wichtige Umweltorganisationen, die direkt in Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren miteinbezogen werden sollten, werden Dänemarks Naturfreunde (Danmarks Naturfredningsforening)¹⁴, der Tierschutzverein der Region (Dyregaernsforening)¹⁵ und die Dänische Ornithologische Vereinigung (Dansk Ornitologisk Forening)¹⁶ benannt, weiterhin könnten lokale Freiluftverbände, Anglerverbände und Sportverbände Ansprechpartner*innen sein, die in der Region gut vernetzt sind (ID1, ID2, ID4).

3.3.2 Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Region Syddanmark ist in vier Europaregionen grenzüberschreitend aktiv. Das sind die Region Sønderjylland-Schleswig, die Region Fehmarnbelt, die Region Fyns Amt / Technologienetz K.E.R.N. und die trilaterale Region Waddeneilanden (Europäische Kommission 2015: 92).

⁷ <https://eng.mst.dk/about-us/tasks-and-cooperation-between-environmental-authorities/cooperation-between-environmental-authorities/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

⁸ <https://unece.org/environment-policy/environmental-assessment/points-contact-regarding-notification> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

⁹ <https://de.naturstyrelsen.dk/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

¹⁰ <https://regionsyddanmark.dk/de/uber-uns> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

¹¹ <https://eng.mst.dk/about-us/tasks-and-cooperation-between-environmental-authorities/cooperation-between-environmental-authorities/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

¹² Nähere Informationen zur Dänischen Gerichtsbarkeit unter: https://e-justice.europa.eu/300/EN/access_to_justice_in_environmental_matters?DENMARK&member=1

¹³ https://e-justice.europa.eu/300/EN/access_to_justice_in_environmental_matters?DENMARK&action=maximizeMS&clang=en&idSubpage=1&member=1 zuletzt

¹⁴ <https://www.dn.dk/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

¹⁵ <https://www.dyregaernsforening.dk/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

¹⁶ <https://www.dof.dk/en/about-us> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

Die Region Sønderjylland-Schleswig bezeichnet eine mittlerweile 25 Jahre alte Kooperation, die im September 1997 mit einer Vereinbarung über Zusammenarbeit ins Leben gerufen wurde. Die Institution wird durch einen erweiterten Vorstand (zusammengesetzt aus dreizehn politischen Entscheidungsträger*innen der Region) geleitet, in dem alle zwei Jahre der Vorsitz und die Stellvertretung zwischen Dänemark und Deutschland rotiert. Eine dreizehnköpfige Verwaltungsgruppe stellt Bindeglied zwischen Vorstand und den Kommunen dar und bereitet Entscheidungen vor und nach. Die Arbeit der Region ist in drei Ausschüssen organisiert, dem Kulturausschuss, dem Arbeitsmarktausschuss, und dem Ausschuss für grenzregionale Entwicklung. Es gibt die Möglichkeit Fachgruppen, Netzwerkgruppen und Arbeitsgruppen einzusetzen. Ein Regionskontor (ständiges Sekretariat) koordiniert die Arbeit. 2004 wurde direkt an der Grenze ein Infocenter zur Beratung von Grenzpendler*innen eingerichtet, das stark nachgefragt wird. Auch die Arbeit im Rahmen von INTERREG-Kooperationen zu Kultur, Schule, Jugend, einer Sprachenkampagne und einer deutsch-dänischen Lehrer*innenkonferenz wird darüber organisiert.¹⁷

Die Bedeutung dieser grenzüberschreitenden Institution wird von allen Interviewpartner*innen als zentral hervorgehoben. Ein*e Interviewpartner*in beschreibt die Relevanz so: „Also da sind ja alle wichtigen Vertreter gesammelt und die Minderheiten sind auch vertreten und die grenznahen Gemeinden auf deutscher Seite. Also das ist das Forum um Sachen anzusprechen oder aufmerksam zu machen“ (ID5).

Die Europaregionen Waddeneilanden (Watteninseln) und Fyns Amt & K.E.R.N. sind nicht so stark institutionalisiert wie Sønderjylland-Schleswig. In der Ersteren soll die Zusammenarbeit der Watteninseln in den Niederlanden, Deutschland und Dänemarks gestärkt werden. In der Zweiten kooperieren das Amt Fynen (Insel Fynen sowie Langeland und Ærø) mit dem Städte- und Technologiennetzwerk Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster und Plön (K.E.R.N.). Aus der Recherche und der Befragung ist keine Arbeitsstruktur oder institutionalisierte Zusammenarbeit in dieser Europaregion zu erkennen, was aber der Auswahl der Interviewpartner*innen geschuldet sein kann, schließlich leben diese nicht auf den Inseln der Nord- oder der Ostsee, sondern im Binnenland.

Die Europaregion Fehmarnbelt ist territorial etwas entfernt von der Region Syddanmark, soll aber wegen der gemeinsamen Entwicklung eines großen Infrastrukturvorhabens erwähnt werden. Die Europaregion ist auf die Schaffung einer festen Querung des Fehmarnbelts fokussiert. Im Jahr 2006 wurde die Europaregion gegründet, im Jahr 2008 wurde ein Staatsvertrag geschlossen, in dem der Bau der Querung vereinbart wurde. Der Vertrag sieht vor, eine Gesellschaft für die Errichtung und den Betrieb der Querung einzurichten. Für jeden finanziellen Verlust dieser Gesellschaft haftet der dänische Staat, er erhält jedoch auch den vollständigen Gewinn aus dem Betrieb.¹⁸ Das konkrete Verfahren der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung ist näher unter 4.2 beschrieben.

¹⁷ https://www.region.de/region/de/presse/aktuelles-view.php?we_objectID=3680 ;

https://www.region.de/region/de/ueber_uns/region/kooperation.php;

https://www.region.de/region/de/ueber_uns/organisation/index_Gremien.php alle zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

¹⁸ [https://www.schleswig-](https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/F/fehmarbelt/downloads/staatsvertrag_feste_fehmarbeltquerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

[holstein.de/DE/fachinhalte/F/fehmarbelt/downloads/staatsvertrag_feste_fehmarbeltquerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1](https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/F/fehmarbelt/downloads/staatsvertrag_feste_fehmarbeltquerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1) zuletzt aufgerufen: 27.10.2022

4. Erfahrungen und Prägungen in der Region Syddanmark

Das folgende Kapitel legt den Fokus auf die Beschreibung des Status Quo hinsichtlich der Erfahrungen und Prägungen in Bezug auf kerntechnische Anlagen und grenzüberschreitende Beteiligung.

4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische Anlagen

Dänemark nutzt anders als andere skandinavische Länder keine Kernenergie. Nielsen und Knudsen (2010) haben die Historie der Kernenergie in Dänemark analysiert und kommen zu dem Schluss, dass die Entwicklung der Kernenergie in Dänemark stark durch den dänischen Atom-Physiker Niels Bohr bestimmt und schließlich mitunter auch gehemmt wurde. Er war in der dänischen Entwicklung des Nuklearprogramms die Schlüsselperson und maßgeblich am Aufbau des staatlichen Nuklear-Forschungsinstituts in Risø beteiligt. Der wissenschaftlich geprägten Atomenergiekommission Dänemarks (Gründung im Jahr 1955) fehlte die Vernetzung in und Unterstützung der Wirtschaft, die sich aufgrund des staatlichen Einflusses auf das Forschungsinstitut in Risø sogar ins Gegenteil kehrte (Nielsen & Knudsen 2010: S.92ff.). Schon früh (ab Beginn der 1970er Jahre) regte sich zudem Widerstand in der dänischen Gesellschaft gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie; eine starke zivilgesellschaftliche Organisation (Organisation for Disseminating Information on Nuclear Power, OOA) formierte sich dagegen. Dies geschah vor dem Hintergrund des Sicherheitsrisikos, aber auch wegen des nuklearen Abfalls. Das Forschungsinstitut Risø unternahm in einem ca. 10-jährigen Forschungsprogramm Anstrengungen, die sichere Lagerung der nuklearen Abfälle in Salzlagerstätten nachzuweisen, konnte dies aber nicht. Daraufhin wurde im Jahr 1985 die Kernenergie als Option des Energieportfolios ausgeschlossen und schon im darauffolgenden Jahr auch die Forschung dazu in Risø eingeschränkt (vgl. Nielsen & Knudsen 2010: S.107ff.). Heute hat Dänemark kein Nuklearprogramm und weist nur geringe Mengen nuklearer Abfälle aus den drei inzwischen stillgelegten Forschungsreaktoren und anderen Bereichen (Medizin etc.) auf (Rueß 2018: S.76-77).

Auch die Interviewpartner*innen betonen, dass sich Dänemark schon in den 80er Jahren gegen Atomkraft entschieden hat, und daher wenig Verständnis bei potentiell betroffenen Regionen und Bürger*innen in Dänemark erwartet werden kann, falls ein Endlager in dänische Grenznähe kommen sollte (ID1, ID2, ID4, ID5). Allein ID1 meint, dass sich die öffentliche Meinung zu Atomkraft angesichts der Energiekrise auch ändern könnte. Das Thema wäre ein "heißes Eisen" (ID2), sehr "sensibel" und würde Menschen "schnell auf die Barrikaden" bringen (ID5). Schon der Bauschutt von Kernkraftwerken, der auf der Deponie in Harrislee gelagert werden sollte, hätte sofort Betroffenheit in der Region ausgelöst (ID5). Und das obwohl dieser Schutt strahlungsfrei gemessen wurde (ID1). Der Bürgermeister von Apenrade wird im Zusammenhang mit der Deponierung von Bauschutt der Kernkraftwerke wie folgt zitiert: „In Dänemark ist beschlossen worden, dass es Kernkraft jetzt und auch in Zukunft nicht geben soll. Wenn dann ein Atomkraftland Material von solchen Anlagen so nah an der Grenze deponiert, dann fände ich das respektlos. Wenn ein Land wie Deutschland in solchem Maße auf Atomkraft gesetzt und davon profitiert hat, dann sollte es auch selbst die negativen Effekte tragen".¹⁹

¹⁹ <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff/vereinten-kraeften-gegen-kraftwerksschutt> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022.

Die Europäische Kommission hat 2008 eine Sonderausgabe zu den Einstellungen europäischer Bürger*innen zur Atomkraft herausgegeben und hielt darin fest, dass dänische Bürger*innen überdurchschnittlich hohes Vertrauen in Informationen über das Management von nuklearen Abfällen von Wissenschaftler*innen, ihren eigenen nationalen staatlichen Institutionen, sowie internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen zeigen (European Commission 2008: 88).

Für die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung ist sowohl die ausgeprägte Beteiligungskultur Dänemarks ein wichtiger Aspekt als auch die kritische Einstellung gegenüber kerntechnischen Anlagen, trotz der zunächst der Nukleartechnologie zugewandten Vergangenheit.

4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen

Das Königreich Dänemark (konstitutionelle Monarchie) ist ausgestaltet als eine repräsentative parlamentarische Demokratie mit starker Konsensorientierung. Partizipative Elemente sind zwar kaum institutionalisiert, erfahren dennoch insbesondere in der lokalen Politik eine wichtige Bedeutung. Integrative politische Prozesse haben eine große Tradition inne, wie beispielsweise die partizipativen Konsensuskonferenzen, d.h. hier basieren politische Entscheidungen auf Kompromissen zwischen staatlichen Akteur*innen und gesellschaftlichen Interessengruppen. Dänemark wird daher international als Vorbild für den Einbezug der Öffentlichkeit in die Planung und Einführung von Infrastrukturvorhaben oder technologischen Innovationen angesehen (vgl. Dryzek & Tucker 2008; Lykkesoft 2009). Enserink et al. (2007: S.10) zeigen auf, dass Dänemarks Gesellschaft (und auch die der Niederlande) im Unterschied zu Deutschland individualistischer geprägt ist und vor allem eine weniger stark traditionell-konservative Ausprägung von Rollenmodellen aufweist. Insbesondere letzteres sehen sie als einen begünstigenden Faktor für Partizipation an.

Partizipation hat in Dänemark folglich eine lange Tradition, auch im Kontext der Kernenergie und Entsorgung radioaktiver Abfälle.²⁰ Dies verdeutlicht der bisher eingeschlagene Weg Dänemarks auf der Suche nach einem Endlagerstandort, bei welchem noch vor dem Einbringen eines entsprechenden Vorschlags im Parlament die Öffentlichkeit in Form einer öffentlichen Konsultation bezüglich der Ausgestaltung der Entscheidungsfindung im Standortauswahlprozess einbezogen wurde sowie weitere öffentliche Anhörungen, Machbarkeitsstudien und Bürger*innenversammlungen durchgeführt wurden (Danish Health Authority 2018; Rueß 2018: S.38; Sundhedsstyrelsen 2015). Dänemark hat im Rahmen der SUP nach der Espoo-Konvention auch die Nachbarländer einbezogen, die Stellungnahmen zu den bisherigen Plänen einreichen konnten, wie von deutscher Seite auch geschehen (BMUB 2015). Dänemark wiederum beteiligt sich im Rahmen grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung, wie beispielsweise beim Vorhaben Nord Stream, wobei sich hier zwar acht dänische Behörden beteiligt haben, jedoch keine dänischen Umweltverbände oder NGOs (Hernández 2008: S.22).

Ein Projekt mit grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung, das von Dänemark federführend betrieben wurde, ist der Bau einer Festen Fehmarnbeltverbindung. Die 20 km lange Meerenge zwischen der dänischen Insel Lolland und der deutschen Insel Fehmarn wird mit einem Absenktunnel gequert, in

²⁰ Zu den verschiedenen Akteuren siehe Leunbach 2018.

dem eine zweigleisige Eisenbahnstrecke und eine vierspurige Straßenverbindung Platz findet.^{21, 22} Die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung fand zwischen Juni 2010 (Notifizierung) und Oktober 2014 (Espoo-Response Report) statt. Es wurden Dialogtreffen in betroffenen Ländern durchgeführt, die Interesse daran angemeldet hatten (Polen und Schweden). Dort wurde die technische Planung und Maßnahmen zur Verminderung der Umweltwirkungen vorgestellt. Außerdem wurde von dänischer Seite eine vierzehnwöchige schriftliche Konsultation durchgeführt, laufend wird auf Webseiten und vor Ort informiert (Ministry of Transport Denmark 2014: 12f). Es wurde ein Portal eingerichtet, das sich nur mit Umweltdaten rund um das Projekt beschäftigt und Live-Daten von Messbojen und Überwachungsmaßnahmen etwa zu Sedimentfreisetzung und Baulärm transparent macht.²³ Gegen die Feste Fehmarnbeltquerung hat sich ein Aktionsbündnis, verschiedener großer Umwelt- und ökologischer Verkehrsorganisationen, Ortsverbänden von Parteien und Gewerkschaften eingesetzt, das über den Klageweg noch immer den Stopp des Vorhabens erzwingen will.²⁴ Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund e.V. hat 2011 ein Dialogforum zur Begleitung des Bauvorhabens eingerichtet. Das Forum dient der Transparenz und der Dokumentation, bietet Räume für Fachdiskussion und Bürger*innensprechstunden. Das Dialogforum soll die gesamte Planungs- und Bauphase des Projektes begleiten, auch die laufenden Bauarbeiten werden auf den etwa im zweimonatlichen Turnus stattfindenden Sitzungen besprochen. Das Forum ist kein Raum für grenzüberschreitenden Dialog, von dänischer Seite ist nur die mit Planung und Bau beauftragte Firma Femern A/S vertreten.²⁵ Da dieses Verfahren nicht in räumlicher Nähe der interviewten Personen stattfand und diese sich nicht beteiligt haben, kann im Rahmen dieser Regionalstudie keine tiefergehende Analyse dieses Verfahrens vorgenommen werden. Eine vertiefte Betrachtung der deutschen Netzwerke, die sich um das Verfahren gegründet haben, ist jedoch anzuraten, wenn ein Standort in räumlicher Nähe in die engere Auswahl kommt, da sich diese auch über einen langen Zeitraum hinweg als sehr mobilisierungsfähig erwiesen haben.

Die Interviewpartner*innen berichten über Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Verfahren im Zusammenhang mit Windenergieanlagen, Photovoltaikanlagen und der Deponierung von Bauschutt aus dem Abriss von Atomkraftwerken in Harslee (nahe Flensburg). Die Errichtung eines Grenzzaunes auf dänischer Seite zur Abwehr der Afrikanischen Schweinepest im Dezember 2019 ist soweit ersichtlich, ohne Verfahren der grenzüberschreitenden Beteiligung gelaufen, hat jedoch beidseitig zu großem Unverständnis geführt (ID4, ID3).

Bei den Planungen zu Windenergieanlagen, zeigte sich, dass die Informationskanäle zwischen der Espoo-Kontaktstelle und den kommunalen Akteur*innen noch nicht funktionierten. Das Dänische Umweltministerium hätte vergessen, Kommunen über grenznahe Verfahren zu informieren (ID1, ID2, ID3). So wurden die dänischen grenznahen Kommunen von den deutschen Plänen überrascht.

ID2 berichtet aus Verwaltungsperspektive, dass die letzten Verfahren, die sie begleitet hätte, sehr aufmerksam und zuvorkommend vorbereitet wurden: mit Simultan-Übersetzung und viel Ruhe, um Verfahren und Planung zu erklären. Inhaltlich sei es Bürger*innen schwer vermittelbar, wenn in Dänemark strengere Grenzwerte existierten, die aber grenznah nicht eingehalten werden müssten.

²¹ <https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/feste-fehmarnbeltquerung.html> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

²² <https://femern.com/de/> zuletzt aufgerufen am: 27.10.2022

²³ <https://aegir.femern.com/#/de> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

²⁴ <https://beltquerung.info/sample-page> und <http://allianz-beltquerung.info/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

²⁵ <https://www.fehmarnbelt-dialogforum.de/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

Aber so führte ID2 aus, dass Planer*innen sich im Verfahren sehr große Mühe gegeben hätten, indem sie z.B. Lärmberechnungen auch nach der Dänischen Methodik vorgelegt hätten, um nachzuweisen, dass auch diese mit den Planungen einzuhalten wären. Dennoch bliebe bei den Betroffenen häufig das Gefühl von Machtlosigkeit zurück, gegen Planungen nichts ausrichten zu können.

ID1 berichtet, dass sich im Konflikt um die Windkraftanlagen der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein dann persönlich eingeschaltet habe und eine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte (ID1). Wegen starker Proteste wurden weitergehende Planungen zunächst auf Eis gelegt (ID2, ID4). Bei aktuellen Planungen von Photovoltaikanlagen wird der Eindruck geschildert, dass das Verfahren jetzt gut funktioniere, aber es bleibe das Gefühl keine gute Lösung gefunden zu haben, weil die Bürger*innen in Dänemark nichts von den Anlagen haben.

In den Jahren 2016-2021 gab es zudem ein Verfahren zur Deponierung von gering belasteten Bauabfällen aus dem Abbruch von kerntechnischen Anlagen in der grenznahen Deponie in Harrislee nahe Flensburg. Das Land Schleswig-Holstein versuchte zunächst mit freiwilligen Vereinbarungen mit Deponien im Land die Lagerung zu regeln, stieß dabei aber auf große Ablehnung in der Region. Das Verfahren erlangte schnell grenzüberschreitende Aufmerksamkeit. Kommunen wie auch Bürger*inneninitiativen und Umweltorganisationen der grenznahen Kommunen positionierten sich einzeln²⁶ und gemeinsam²⁷ gegen die Planung von Landesebene (ID2, ID1).²⁸ In Deutschland gründete sich eine Bürger*inneninitiative²⁹, beiderseits der Grenze kam es zu Protesten: auf der dänischen Seite in Pattburg demonstrierten 200-300³⁰, in Harrislee etwa 1.000 Bürger*innen gegen die Einlagerung in Harrislee (ID3).

Im Verfahren gab es auch Informationsveranstaltungen des Umweltministeriums Schleswig-Holstein, die aus Sicht einer*ines Vertreter*in der Verwaltung deutlich gemacht hätten, dass die deutsche Seite sich um Transparenz bemühen würde. Dieses Bemühen sei aber von den Bürger*innen nicht wahrgenommen oder honoriert worden. Auf Seiten der dänischen Bürger*innen würde kein Bewusstsein dafür bestehen, dass die Behörde im Verfahren kein eigenes Interesse verfolge. Dazu trage auch bei, dass in Dänemark Deponien nur in öffentlicher Hand betrieben werden können (ID2). Aus dem Verfahren berichten ID1 und ID2 übereinstimmend, dass Bürger*innen in der Debatte teilweise nicht durch rationale Argumente erreichbar waren. Auch nach einem Landtagsbeschluss, der regelte, dass ohne freiwillige Vereinbarungen Abfälle aus dem Abbruch von Atomkraftwerken Deponien zugewiesen werden können³¹, sendete die Europaregion Sønderjylland-Schleswig eine ablehnende Stellungnahme. Der Bauschutt wurde schlussendlich anderen Kommunen zugewiesen.³²

Abschließend zur Betrachtung der Erfahrungen zu grenzüberschreitenden Verfahren beschreibt ID2 das Gefühl, dass Espoo-Verfahren zurzeit vorsorglich ausgelöst werden für alle möglichen Verfahren, die

²⁶ https://www.harrislee.de/media/custom/1902_814_1.PDF?1615887770 zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

²⁷ https://www.region.dk/region/de/presse/aktuelles-view.php?we_objectID=2788 zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

²⁸ <https://www.harrislee.de/Wirtschaft-Bauen-Umwelt/Umwelt/Bauabf%C3%A4lle-aus-kerntechnischen-Anlagen/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

²⁹ <https://www.baesh.de/> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

³⁰ Laut Medienberichten 125 Demonstrierende in Pattburg. <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff/vereinten-kraefften-gegen-kraftwerkschutt> zuletzt aufgerufen: 27.10.2022

³¹ https://www.harrislee.de/media/custom/1902_2167_1.PDF?1615887765 zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

³² https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/V/Presse/PI/2021/0121/210113_freigemessenerAbfall.html zuletzt abgerufen am 27.10.2022

potentiell eine minimale Auswirkung auf das dänische Staatsgebiet haben könnten. ID2 sieht die Gefahr der Überforderung und dass der Mechanismus zu "gleichgültiger Papierarbeit" verkommt. Schwierig sei dabei auch, die Doppelrolle der Kommune, die ihre eigenen behördlichen Belange vertreten muss und dafür sorgt, dass Bürger*innen Gehör finden (ID2).

5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an die grenzüberschreitende Beteiligung im Standortauswahlverfahren

Im Folgenden werden die Erwartungen und Wünsche, die die befragten Akteur*innen an die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren formuliert haben, erfasst. Dabei steht im Fokus wie die Ausgestaltung einer erfolgreichen grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung aussehen kann. In Kapitel 6 werden in einem nächsten Schritt dann die Herausforderungen und Erfolgsfaktoren auf dem Weg zu dieser erfolgreichen Ausgestaltung dargelegt.

Der Analyserahmen, der bereits in den Fallstudien des Arbeitspaket 3 zur Anwendung kam, dient auch an dieser Stelle zur Strukturierung der Analyse. Dabei werden die vier Dimensionen Kontext, Prozess, Ansatz und Formate sowie Wirkungen herangezogen (Brohmann et al. 2021; Knickel et al. 2019).

Die Interviewpartner*innen sind überwiegend der Meinung, dass die dänische Öffentlichkeit von der Endlagersuche noch nichts mitbekommen hat. Sie betonen, dass proaktive Information von deutscher Seite sehr wichtig im Verfahren wären (ID5, ID2, ID3, ID1). „Wir wollen das nicht über deutsche Zeitungen erfahren, weil sich z.B. in Flensburg Protest formiert“, sagt etwa ID3.

5.1 Dimension: Kontext

Der Kontext umfasst Aspekte, die die Ausgangssituation der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung und des Standortauswahlverfahrens beschreiben (vgl. Brohmann, Mbah und Krohn 2021). Dazu gehören u.a. ökonomische Merkmale, rechtliche und planungsrelevante Aspekte, räumliche Gegebenheiten, sowie sozio-kulturelle Bedingungen, die historisch geprägt sind. Da ein Kurzprofil der Region schon im Kapitel 3 gezeichnet wurde, werden hier nur noch Aspekte aufgeführt, die Interviewpartner*innen spezifisch zur grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Endlagersuche äußern.

Grundsätzlich, so ID2, sei die Beteiligungskultur anders als in Deutschland. In Dänemark, so der Eindruck aus der Verwaltung, wäre man öfter geneigt, Beschlüsse und Planungen hinzunehmen und darauf zu vertrauen, dass dies seine Richtigkeit habe. ID2 beobachtet, dass bei Öffentlichkeitsbeteiligung oft zu viel fachliches Vorwissen oder Wissen über Prozesse vorausgesetzt wird und die Möglichkeiten überschätzt werden, was Bürger*innen im Rahmen einer Beteiligung leisten können. Bei grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen wäre dies noch schwieriger, weil Bürger*innen noch weniger wissen können, wie es auf der anderen Seite der Grenze funktioniert. ID1, ID2 und ID5 betonen auch, dass die Verwaltung und die Kommunikation mit Bürger*innen sowie die

Öffentlichkeitsbeteiligung in Dänemark schon stark von digitalen Werkzeugen gestützt werden. Es klingt bei ID5 an, dass wahrgenommen wird, dass dies in Deutschland nicht so weit entwickelt sei. Dafür würde in Dänemark schon lange keine Notwendigkeit mehr bestehen, Vorhaben in die Printmedien zu bringen (ID2). Die deutsche Verwaltung würde als bürokratisch wahrgenommen (ID1).

Die Ausgangslage für eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung lässt sich wie folgt beschreiben: Es wird erwartet, dass die Region eine sehr kritische Einstellung zu einem grenznahen Vorhaben der Endlagerung einnehmen würde (ID1, ID3, ID4, ID2). Die Gründe dafür sind vielschichtig: Es gäbe für die Dänen keine Vorteile, aber potentiell eine Belastung (ID1). ID5 erwartet, dass befürchtete negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung die beiden wichtigen Themen wären, um gegen ein Endlager zu argumentieren. ID1 und ID4 zeigen sich besorgt um alle Umweltmedien, die sich über die Grenze bewegen, wie etwa Luft, Wasser (und Grundwasser). Die Bedeutung der Region für Grundwasserneubildung, als Rückzugsraum für die Natur und die Renaturierung von Mooren hebt ID4 hervor und findet, dass die Lagerung nah an dem Ort des Entstehens der Abfälle geschehen müsse, also bei den derzeitigen AKW Standorten. ID3 befürchtet sogar, dass ein grenznahe Endlager die Aussöhnung und die erfolgreiche Zusammenarbeit der Dänen und der Deutschen in der Grenzregion gefährden würde. ID1 sieht zwar einige nationale Kräfte, die dagegen mobilisieren könnten, teilt die Sorge um massive kulturelle Spannungen jedoch nicht. ID1 denkt, dass das Vertrauen in Deutschland so groß sei, dass die Planungen begleitet durch parlamentarische und demokratische Arbeit gelingen können. Auch ID4 hat generell Vertrauen, dass ein technisch geeignetes Bauwerk errichtet werden könnte das die Umweltmedien sichert. Die Gewinne aus der Nutzung der Atomkraft zur Energieerzeugung müssten dafür eingesetzt werden. „Man kann alles deponieren, man muss nur das Geld dafür in die Hand nehmen und man muss es ordentlich machen. Keine schnelle Lösung“ (ID4). Diese Einstellung deckt sich mit einem Zitat des Bürgermeisters aus Apenrade im Rahmen der Kontroverse um die Deponierung von Bauschutt in Harrislee.³³ ID4 und ID1 verweisen auf die hohen Standards bei der dänischen Umweltverträglichkeitsprüfung.

5.2 Dimension: Prozess

Die Dimension des Prozesses umfasst Aspekte der Prozessgestaltung sowie des Verfahrensmanagements, welches über einzelne Phasen oder Aktivitäten hinausgeht und sich somit auf den Gesamtprozess bezieht (vgl. Brohmann, Mbah und Krohn 2021).

Das Thema der frühzeitigen Information, auch direkt an die kommunale Ebene, ist in den Interviews besonders präsent. Dies wird mehrfach in Zusammenhang mit den beschriebenen Erfahrungen mit dem Umweg über das Umweltministerium in Kopenhagen gebracht. Die wichtigen lokalen Akteur*innen sollten informiert werden und über Prozesse Bescheid wissen, bevor Informationen in den Medien verbreitet werden und Fragen in der Bevölkerung aufkommen (ID1, ID2, ID3, ID5).

ID3 erwartet, dass die dänischen Akteur*innen dieselben Informationen bekämen und dieselben Rechte wie Deutsche hätten; ID4 findet sogar, dass die dänischen Akteur*innen mehr Rechte haben müssten, er*sie würde sich im umgekehrten Fall auch für Beteiligung der deutschen Seite einsetzen. ID3s

³³ <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tingleff/vereinten-kraeften-gegen-kraftwerkschutt> zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

Vorschlag zur Bestimmung der betroffenen Personen wäre, einen 300km großen Kreis um einen potentiellen Standort zu ziehen und dann den Betroffenen unabhängig ihrer Nationalität dieselben Rechte zuzubilligen.

Eine umfassende Information über die gesamte Verfahrenszeit und die Zugänglichkeit aller Informationen findet auch ID4 wichtig. Die dänischen Standards für digitale Zugänge zu Informationen müssten erfüllt werden (ID1). Die Information solle aber so verständlich wie möglich vorliegen. ID1 hält es für unabdingbar aufzuzeigen, dass an verschiedenen Orten gleichzeitig nach einem Endlagerstandort gesucht wird, damit nicht das Gefühl entsteht, dass es schon entschieden wäre.

ID2 spricht sich dafür aus, neben der nötigen Bereitstellung aller technischen Informationen, Unterlagen und Studien viel Anstrengung auf die Orientierung im Prozess zu setzen, um Klarheit herzustellen, wer im Verfahren welche Rolle trage und Transparenz darüber zu schaffen, welche Möglichkeiten im Verfahren bestünden und welche Grenzen einzuhalten wären. Viele Bürger*innen würden sich zudem mit den planerischen Fachtermini nicht auskennen (als Beispiel wurde der Scopingtermin genannt) und es wäre nötig, den Prozess immer wieder zu verdeutlichen und zu übersetzen, wo man im Verfahren stehe und welche Funktion der Termin o.ä. habe. Dabei könnten z.B. Zeitpläne helfen (ID2).

5.3 Dimension: Ansatz und Formate

In Bezug auf die Dimension des Ansatzes und der Formate werden formelle und informelle Angebote der Kommunikation und Beteiligung erfasst, wobei die spezifischen Bedingungen des Beteiligungsverfahrens sowie der konkreten Beteiligungs- und Kommunikationsformate im Fokus stehen (vgl. Mbah & Krohn 2021; Ewen & Horelt 2019; Oppermann & Renn 2019; Bock et al. 2017).

Erwartungen, die zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens an Ansatz und Formate der Öffentlichkeitsbeteiligung geäußert werden, sind noch relativ vage und unkonkret. Ein wichtiger Eckpfeiler der Information ist die digitale Bekanntmachung und Auffindbarkeit aller relevanten Informationen im Internet (ID2, ID3, ID5). Die Webseiten der Kommunen sind der Ort, wo Bürger*innen sich über Planungsverfahren informieren (ID2), hier sollte mindestens Links zu offiziellen Seiten gesetzt werden. Begleitend sollten Ansprachen per Social Media versucht werden. Facebook, und mit Einschränkungen auch Twitter, wäre in der Region ein häufig genutztes Kommunikationsmittel der Verwaltung und Dialogforum für Austausch zwischen Organisationen, Bürger*innen und Verwaltung. Hier wäre besonders wichtig, dass dies keine passive Information wäre, sondern, dass allein in der Kommune zwei Menschen aktiv damit beschäftigt wären Community Management in den Sozialen Medien zu machen und auch Fehlinformationen als solche zu benennen (ID1). Ergänzend berichtet ID2, dass gute Erfahrungen mit Inseraten in kostenlosen Wochenzeitungen gemacht wurden, die eine weite Verbreitung hätten.

ID1 und ID2 berichten, dass zu Planungen häufig Informationsveranstaltungen und auch öffentliche Sitzungen von kommunalen Gremien, wie dem Stadtrat oder Ausschüssen, abgehalten werden und halten dies für eine wirksame Maßnahme. ID3 plädiert auch dafür Präsenzveranstaltungen anzubieten und möglichst in einem Format, das den dänischen Bürger*innen schon bekannt ist. Üblich wäre das Format: Vortrag zu spezifischem Thema und dann Möglichkeit Fragen zu stellen und Austausch mit den

Vortragenden (ID1). Die dänische Verwaltung sollte bei diesen Veranstaltungen unbedingt zugegen sein, damit die Legitimität der Veranstaltung gesichert sei und damit die Bürger*innen Unterstützung für ihre Anliegen bekommen. Es bedarf einer guten Moderation, damit Einzelpersonen nicht den Diskurs dominieren (ID1).

Beim Stellungnahmenverfahren war den Interviewten wichtig, dass Stellungnahmen auf Deutsch, aber auch auf Dänisch abgegeben werden können (ID4, ID5). ID3 merkt an, dass die deutschen Stellungnahmen sehr bürokratisch wirken würden; in Dänemark wären Stellungnahmen formloser möglich und sie*er wünscht sich, dass die dänischen Bürger*innen in dem für sie gewohnten Format Stellung nehmen können. Vorstellbar sei auch, dass jemand aus der Region moderieren würde. ID4 schlägt vor, Veranstaltungen gemeinsam mit den ähnlich betroffenen deutschen Grenzkommunen zu machen, also beispielsweise Menschen aus Harrislee zu einer Veranstaltung in Apenrade einzuladen. Trotz der weiten Verbreitung der deutschen Sprache wäre ein Einsatz von Dolmetscher*innen wünschenswert.

5.4 Dimension: Wirkung

Im letzten Abschnitt über Erwartungen und Wünsche soll die tatsächliche und die wahrgenommene Wirkung des Beteiligungsprozesses beleuchtet werden. Hier sind die Vorstellungen noch nicht besonders ausgeformt, was nach Einschätzung der Autorinnen damit begründet werden kann, dass den Interviewpartner*innen noch wenige Informationen vorliegen und die Frage eine potentielle aber noch nicht absehbare Situation thematisiert hat, zu der die Interviewpartner*innen noch keine vergleichbaren Erfahrungen abrufen können und spontan keine konkreten Vorstellungen entwickeln können.

Grundsätzlich sei für die grenzüberschreitende Beteiligung konstitutiv, dass die dänische Seite die gleichen Rechte wie die deutsche hätte. Wichtig wäre zu erklären und fachlich herzuleiten, warum der Standort in der näheren Auswahl der einzig mögliche wäre und „warum kein Standort näher an Berlin“ gewählt wurde. Für den Prozess wäre genauso entscheidend „ob mit Protest und Stellungnahmen etwas erreicht werden kann“ (ID 3). In Dänemark wäre man gewohnt, dass die Stimme von lokalen Bürger*innen in Planungsverfahren auch gehört wird (ID3). ID4 erwartet gehört zu werden und „echten Dialog“, der auch eine Wirkung hat. Das Schlimmste was passieren könnte, sei laut ID5 vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

In der Gegend werden Planungen sehr kritisch auf ihre Umweltwirkungen untersucht und es wurden auch schon Investoren abgewiesen, die hinsichtlich der naturverträglichen Anlage ihrer Vorhaben (im speziellen Fall: Solaranlagen) der Kommune nicht genügend entgegenkamen (ID3). ID1 berichtet auch von Anforderungen an naturschutzfachlichen Ausgleichsflächen für Vorhaben, die eine Belastung des ökologischen Zustands der Region darstellten. Etwa wurde beauftragt, dass bei Nutzung einer Fläche für die Lagerung von verunreinigter Erde, ein Gebiet für Naturschutzfläche dazu erworben wurde. ID4 orientiert mit scharfen Worten auf Entschädigungen im Falle eines grenznahen Endlagers: „Wenn es an der Grenze liegen soll. Wenn die das echt wollen. Dann müssen sie auf jeden Fall ein großes Portemonnaie mitbringen und alle Häuser aufkaufen.“

6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

In Kapitel 6 soll nun beschrieben werden, welche Herausforderungen die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung zu überwinden hat und welche Erfolgsfaktoren für ein gelungenes Verfahren genannt werden können. Die Struktur orientiert sich an denselben Kategorien wie im Kapitel 5 Kontext, Prozess, Ansatz und Formate und Wirkung, der Schwerpunkt in Kapitel 6 liegt aber auf der expliziten Benennung von Erfolgsfaktoren.

6.1 Dimension Kontext

Mehrere Interviewpartner*innen erwarten, dass sich die Öffentlichkeit der Region gegen ein grenznahe Endlager positionieren würde. ID1, ID3 und ID4 glauben auch, dass viele Menschen dagegen zu mobilisieren wären. Im Interview mit ID3 und ID4 klang gar an, dass eine solche Planung zu erneuten kulturellen Spannungen führen könnte. Um mit dieser Herausforderung umzugehen, rät ID1 die entsprechenden Stellen in Kopenhagen frühzeitig und noch vor der Information der Bürger*innen vor Ort zu informieren. Laut ID1 sollte dies geschehen so lange auch noch mehrere ausländische Regionen potentiell betroffen sein können, um den Verdacht der Vorfestlegung zu entkräften und langfristig eine ergebnisorientierte faktenbasierte Gesprächsbasis aufzubauen. Die Einbeziehung der nationalen Ebene würde auch viel Verantwortung von der lokalen Ebene nehmen (ID1). Das Vertrauen in die nationale Regierung wäre groß, wie die Coronapolitik gezeigt habe (ID5). Kritisch ist ggf. die zeitliche Abfolge, in der Informationen an die verschiedenen Ebenen übermittelt werden. Denn viel Zeit, sollte zwischen der Information der nationalen Behörden und der lokalen Kommunen (Verwaltung und Stadtrat) nicht liegen, denn sonst würden Informationen durchsickern (ID1).

Insgesamt entsteht durch die Interviews der Eindruck, dass die Region sehr gut vernetzt ist und sowohl die offiziellen Kanäle als auch die persönlichen gut genutzt werden. Der Kontakt untereinander, auch grenzüberschreitend, ist niedrigschwellig und offen. Auch die problemlose Interviewvereinbarung zeigte die Offenheit der Gesprächspartner*innen. Diese Haltung und das Netzwerk können sehr dienlich für die Organisation einer grenzüberschreitenden Beteiligung sein, auf der anderen Seite sind die Netzwerke auch erprobt für Mobilisierung gegen Projekte und Vorhaben, wie z.B. die Planung zur Deponierung von Bauschutt in Harrislee zeigte. Die Minderheitenvertreter*innen auf beiden Seiten der Grenze werden als sehr aktiv wahrgenommen (ID1) und können ggf. vermitteln.

ID1 weist darauf hin, dass sich die Kommunikation in Deutschland und Dänemark unterscheidet, dass Humor und Ironie ganz anders funktioniert. Die Deutsche Sprache hätte z.B. einen größeren Wortschatz, aus dem sich mehr Doppeldeutigkeiten ergeben. In der Dänischen Sprache würde dies nicht so häufig vorkommen, jedoch würden deutsche Gesprächspartner Ironie nicht so gut erkennen, weil sie das Gesagte eher direkt auffassen. Darauf wäre bei der gesamten Planung der Kommunikation zu achten, denn dem wäre nicht mit einfacher Übersetzung zu begegnen, sondern nur durch Einbeziehung von dänischen Kommunikationsagenturen.

Die Wahrnehmung der deutschen Behörden ist bürokratisch, aber grundsätzlich positiv und das Vertrauen, dass Verfahrensabläufe korrekt ablaufen, ist auch vorhanden (ID4). Eine Herausforderung könnten die unterschiedlichen Befugnisse und Zuständigkeiten in den Behörden darstellen (ID1, ID2):

„Wir sagen immer die die politischen Zahnräder zwischen Dänemark und Deutschland, die passen nicht zusammen. Man weiß nie richtig, ob das die richtige Ebene ist. (...) Also weil die die Betitelung in Deutschland ab und zu die gleiche ist. Aber die Arbeitsaufgaben oder die Verantwortung die ist ganz anders.“ (ID1)

Hier wird auch noch einmal auf die besondere Rolle der grenzüberschreitenden Region hingewiesen, die ergänzend zu den direkten Kontakten auf nationaler und kommunaler Ebene selbst ein relevantes Gremium darstellt und darüber hinaus aber auch orientieren kann.

6.2 Dimension: Prozess

ID2 beklagte, dass Kommunen in einer Art Doppelrolle wären, sie müssten ihre eigenen behördlichen Belange vertreten und gleichzeitig dafür sorgen, dass Bürger*innen Gehör finden. Auf Nachfrage, wie Behörden denn in dieser Doppelrolle unterstützt werden können, berichtete ID2, dass das Land Schleswig-Holstein bei grenzüberschreitenden Verfahren standardmäßig alle Informationen auf Dänisch mitliefert. Diese Praxis, also die Übersetzung von verfahrensrelevanten Unterlagen, sollte auch bei gutem Sprachverständnis in der Region, auch in einem potentiellen Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren übernommen werden. Da bei komplexen Vorhaben in Dänemark für gewöhnlich sowieso die nationale Behörde auftritt, ist eine Rollen- und Zuständigkeitsklärung von hoher Wichtigkeit für die Kommunen, damit diese ihre knappen Ressourcen entsprechend einsetzen können. Es muss sichergestellt werden, dass die Unsicherheiten, die im Rahmen der Planungen für Windkraftanlagen in der Region aufkamen, geklärt werden, und dass die Informationskanäle zum Vorhaben mit der nationalen und der kommunalen Ebene abgestimmt werden.

Auch hinsichtlich des Prozesses gehen Interviewpartner*innen der Frage nach, wie pauschal-ablehnenden Protesten entgegengewirkt werden kann. Angst vor radioaktiven Strahlen wäre weit verbreitet und könnte eine starke Ablehnung hervorrufen (ID1). ID2 empfiehlt, sich in der Ansprache an Menschen zu richten, die Nachteile befürchten, denen jedoch vor allem Informationen fehlen, damit Sachverhalte richtig eingeschätzt werden können. Die Informationen müssten verständlich vermittelt werden und die Antworten, die für Bürger*innen am wichtigsten sind, wie zum Beispiel zu Gesundheitsfragen, leicht erkennen lassen (ID1, ID2). Auch für Bürger*innen ist Orientierung im Verfahren wichtig: Planungen und Fachsprache überfordern Bürger*innen oft, im grenzüberschreitenden Kontext stellt dies eine noch größere Barriere dar. Zur Orientierung würde Bürger*innen beispielsweise helfen, wenn in jedem Verfahrensschritt deutlich gemacht würde, an welcher Stelle im Verfahren man stünde, welchen Zweck die Beteiligung hätte, welcher Rahmen dafür bestehe und welche (Klage-)Wege offenstehen würden, wenn Belange nicht im Verfahren geklärt werden können. (ID2). Fehlinformationen und Spannungen, kann durch ein aktives Community Management auf Social Media Kanälen entgegengewirkt werden (ID1).

Entscheidend scheint auch zu sein, zu welchem Zeitpunkt die verschiedenen Ebenen in den Prozess und in proaktive Kommunikation eingebunden werden – eine zu frühe Bürger*inneninformation könne laut ID5 auch kontraproduktiv wirken. Angelehnt an die Gedanken in 6.1 scheint in der Region eine Einbindung der nationalen Ebene, zu einem sehr frühen Zeitpunkt, wenn noch mehrere ausländische Regionen potentiell betroffen sein können, sinnvoll, eine Einbeziehung von politischen Entscheidungsträger*innen und der Verwaltung in der Region als nächster Schritt und dann die abgestimmte Bürger*innen-Kommunikation. Die Einbindung von Personen, die für die Region als ganze stehen (wie z.B. Stephanie Lose, die Regionsvorsteherin der Region Syddanmark und Umweltpolitiker*innen von der nationalen Ebene) würde die Priorität des Verfahrens anzeigen und Vertrauen schaffen (ID1, ID3).

6.3 Dimension: Ansatz und Formate

Hinsichtlich des Ansatzes und der Formate sind wie unter 5.3 beschrieben noch wenige konkrete Vorstellungen bei den Interviewpartner*innen vorhanden. Für die aktive Mitwirkung der Bürger*innen könnte hemmend wirken, dass Dän*innen wenig Vorwissen zu Atomkraft haben, weil es im Land keine eigenen Kraftwerke gibt (ID5). Andererseits beschreibt ID1 „sehr gut ausgebildete Rentner, die verhältnismäßig viel Geld haben“ als mögliche Akteur*innen im Verfahren, die „genau wissen welche Knöpfe sie drücken müssen“. Da die Endlagersuche jedoch nicht nur im grenzüberschreitenden Kontext auf ganz unterschiedliche Ausgangslagen in der Bevölkerung trifft, sollte die Erarbeitung von zielgruppenspezifischem Material mit verschiedener Detailtiefe und mit Fokus auf Verständlichkeit im Verfahren eine Selbstverständlichkeit sein. Proaktive Informationsvermittlung auch in Präsenzveranstaltungen scheinen ein wirksames Mittel, um Informationen zu vermitteln. Die beschriebenen Formate (Vortrag, Raum für Fragen und Diskussion) scheinen eingeübt und wenig aufwendig. Sie sollten auch für Bürger*innen aus kleineren Kommunen in der Region erreichbar sein. Die selbstverständliche Zweisprachigkeit, die Bereitstellung mindestens von Verlinkungen auf kommunalen Homepages und die Verbreitung über Social Media scheinen Erfolgsfaktoren in der Region zu sein.

6.4 Dimension Wirkung

Ein Motiv, dass in den Interviews immer wieder herauskam war eine gerechte Behandlung der Akteur*innen in der Region. Die Interviewten wollen nicht von Kopenhagen und Berlin übergangen werden, wollen die dänischen Interessen gewahrt sehen und auch die dänischen Standards z.B. an Verwaltungshandeln und die Serviceorientierung der Verwaltung, als auch die Standards der Umweltverträglichkeitsprüfung möglichst übernommen sehen. Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen sowie auch Entschädigungen wurden in den Interviews als Notwendigkeiten aufgeworfen, ohne dass zum jetzigen Zeitpunkt schon konkrete Vorstellungen dazu bestehen. Darüber hinaus konnten keine Herausforderungen oder Erfolgsfaktoren benannt werden, die nicht in anderen Kapiteln schon behandelt wurden.

7. Fazit

Die Regionalstudie zu Syddanmark basiert auf einer Medienresonanzanalyse mit einem sehr geringen Korpus, einem Desk Research und auf fünf Interviews in der grenznahen Region. Aufgrund der begrenzten Interviewanzahl sind die Erkenntnisse als unvollständig zu begreifen und bedürfen einer Vertiefung. Dennoch kann diese Regionalstudie erste Einblicke in potenziell herausfordernde Kontextbedingungen und Erfolgsfaktoren geben.

Kulturell und historisch sind die Regionen nördlich und südlich der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland eng mit einander verbunden. Die Resentiments gegen Deutsche, die durch die wechselvolle Geschichte und zuletzt die Besetzung der Region durch das nationalsozialistische Deutschland entstanden sind, sind weitgehend verschwunden und einer engen Zusammenarbeit gewichen. Sie wird durch starke politische und administrative Institutionen wie die Europaregion Sønderjylland-Schleswig gestützt. Auch die Akteur*innen, die im politischen oder administrativen Raum für die Planung von Infrastrukturvorhaben zuständig sind, sind sehr gut miteinander vernetzt. Es gibt ein grundlegendes Vertrauen in die Institutionen des Nachbarstaates, Anerkennung für Bemühungen der deutschen Seite gute Verfahren durchzuführen, wenn auch an einigen Stellen Verwirrung über Zuständigkeiten geäußert wird und die dänische Art mit Bürger*innen zu kommunizieren als niedrigschwelliger und unbürokratischer wahrgenommen wird. Das wird vor allem an der Nutzung von Social Media und der Bekanntmachung von Stellungnahmemöglichkeiten zu Vorhaben im Internet festgemacht.

Mit Blick auf ein potentiell tiefengeologisches Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Grenzregion sind die Vorerfahrungen des gemeinsamen Protests gegen die Deponierung von Bauschutt aus dem Rückbau von Atomkraftwerken besonders relevant. Hier konnte aufgezeigt werden, dass sich die Kommunen in Grenznähe gemeinsam gegen Planungen einer übergeordneten Ebene eingesetzt haben und auf beiden Seiten der Grenze Protest sowie ablehnende Stellungnahmen von kommunalen und grenzüberschreitenden Gremien mobilisiert haben. Es ist unklar, ob dies Einfluss auf die Entscheidung des Umweltministeriums in Schleswig-Holstein gegen die Deponierung der Abfälle in Harrislee hatte. Entscheidend ist jedoch, dass die Endlagersuche hier bereits auf sensibilisierte Akteur*innen trifft, die bei viel geringerer Strahlenintensität bereits stark interveniert haben und vermutlich schnell in der Lage sind Kontakte und Aktionsformen zu reaktivieren.

Es wurden keine konkreten Vorstellungen zu Verfahren und Formaten geäußert, die über das hinausgehen, was in einem grenzüberschreitenden Verfahren normiert ist oder in der deutschen Endlagersuche bereits praktiziert wird. Der stärkste Wunsch in der Region ist es, nicht vor vollendete Tatsachen und Entscheidungen der Nationalstaatsebene gestellt und dabei übergangen zu werden. Wichtig war den Akteur*innen eine frühzeitige Einbindung zu erreichen, mit der Empfehlung die nationale Ebene in Dänemark schon in der Phase zu kontaktieren, wenn auch andere Grenzregionen noch in der Auswahl sind. Gemeinsam mit nationaler, kommunaler und Regionsebene sowie der grenzüberschreitenden Region sollten die Formate und Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung abgestimmt werden.

8. Literaturverzeichnis

- BMUB. (2015). Stellungnahme des BMU zum dänischen Plan zur Errichtung eines Endlagers. <https://www.bmu.de/meldung/stellungnahme-des-bmu-zum-daenischen-plan-zur-errichtung-eines-endlagers/>
- Bock, S.; Reimann, B.; Abt, J.; Lettow, M.; Vorwerk, U. (2017): Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Brohmann, B.; Mbah, M.; Kraus, B., 2021: Konkretisierung des Vorgehens bei der Auswahl (lokal) geeigneter Beteiligungsformate und -verfahren. Meilensteinbericht: MS1.3.2. (unveröffentlichter Bericht)
- Brohmann, B.; Mbah, M.; Schütte, S.; Ewen, C.; Horelt, M.-A.; Hocke, P.; Enderle, S. (2021): Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche: Herausforderungen eines generationenübergreifenden, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahrens. Schlussfolgerungen und Empfehlungen (AP 5 Endbericht). Vorhaben 4717F00001 Berlin: BASE. urn:nbn:de:0221-2021051027029
- Danish Health Authority. (2018). Council Directive 2011/70/EURATOM for the Responsible and Safe Management of Spent Fuel and Radioactive Waste. Kopenhagen: Danish Health Authority
- Dryzek, J. & Tucker, A. (2008). Deliberative Innovation to Different Effect: Consensus Conference in Denmark, France and the United States. *Public Administration Review*, 68(5), 864-876.
- Enserink, B.; Patel, M.; Kranz, N.; Maestu, J. (2007): Cultural factors as co-determinants of participation in river basin management. *Ecology and Society* 12 (2), 24.
- Europäische Kommission. (2015). Die territoriale Zusammenarbeit in Europa – Eine historische Perspektive. <https://doi.org/10.2776/831390>
- European Commission (2008). Special Eurobarometer 297: Attitudes towards radioactive waste. https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_297_en.pdf
- Ewen, C.; Horelt, M.-A. (2019): Die Bühnen der Beteiligung. Gestaltung informeller Bürgerbeteiligungsprozesse bei Windenergieplanungen und ihre Auswirkung auf Protestmobilisierung und Verfahrenslegitimität. In: Radtke, J.; Canzler, W.; Schreurs, M. A.; Wurster, S. (Hg.): *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 391–422.
- Hernández, F. M. (2008). Analysis of the Espoo Convention as applied to mega projects: The case of Nord Stream (Masterarbeit). https://www.lumes.lu.se/sites/lumes.lu.se/files/francisco_hernandez.pdf
- Knickel, M.; Knickel, K.; Galli, F.; Maye, D.; Wiskerke, J. S. C. (2019): Towards a Reflexive Framework for Fostering Co-Learning and Improvement of Transdisciplinary Collaboration. *Sustainability* 11, 1–22.

Lykketoft, M. (2009). The Danish Model - A European Success Story. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06899.pdf>

Mbah, M.; Krohn, J. (2021): Die Bedeutung von Kommunikation und Beteiligung in der Planung und Umsetzung von Geothermievorhaben – eine Fallstudie zu Staufeu (D) und St. Gallen (Ch). Öko-Institut e.V. Freiburg, Darmstadt, 2021. Online verfügbar unter <https://www.oeko.de/publikationen/p-details/die-bedeutung-von-kommunikation-und-beteiligung-in-der-planung-und-umsetzung-von-geothermievorhaben-eine-fallstudie-zu-staufen-d-und-st-gallen-ch>, zuletzt aufgerufen am 28.10.2022.

Ministry of Transport Denmark 2014: Espoo consultation response report, abzurufen unter: https://www.fehmarnbelt-dialogforum.de/wp-content/uploads/2020/10/Espoo_Consultation_report10_14.pdf zuletzt aufgerufen am 27.10.2022

Nielsen, H., & Knudsen, H. (2010). The troublesome life of peaceful atoms in Denmark. History and Technology, 26(2), 91–118. <https://doi.org/10.1080/07341511003750022>

Oppermann, B.; Renn, O. (Hg.) (2019): Partizipation und Kommunikation in der Energiewende. München: acatech.

Rueß, A. K. (2018). An Exploration of Critical Junctures for Public Participation in Multinational Final Nuclear Waste Disposal (Masterarbeit). https://skemman.is/bitstream/1946/31400/1/Rueß_2018.pdf

Schatte, Julia Henriette 2014: Region Sonderjylland-Schleswig – eine Diskursanalyse, Masterarbeit an der Universität Flensburg abzurufen unter: <https://www.region.de/downloads/Publikationen/DE/JuliaSchatteMasterarbeitzurVerffentlichung22.5.15.pdf?m=1549473641&>

Sundhedsstyrelsen. (2015). National politik og program for ansvarlig og sikker handtering af brugt nukleart braendsel og radioaktivt affald i danmark. Kopenhagen: Sundhedsstyrelsen.

